

wirbt, wieso verkennt sie, daß die Christen den politischen Pluralismus für notwendig halten und daß sie es ablehnen, gemeinsam als Stützkraft für Zwecke politischer Macht eingesetzt zu werden. Die Kirche hat ihre eigene spezifische Natur, sie kann deshalb nicht als solche in die gegenwärtigen Debatten hineingezogen werden.

Wir können keine Handlungsanweisungen geben, denn bezüglich der Wahl der Gesellschaftsform müssen die Christen in eigener Verantwortung entscheiden. Aber wir müssen gewisse Mißverständnisse ausräumen: Gerechtigkeit und Befreiung bedeuten politisch für Christen und Marxismus nicht immer dasselbe. Aus Sorge um den Glauben und die Verkündigung des Evangeliums warnen wir vor der Gefahr einer Minderung des Glaubens unter der Einwirkung des historischen und dialektischen Materialismus. Der Einsatz für die Befreiung von Menschen in unserem Lande wie in den Beziehungen zu den weniger entwickelten Ländern ist notwendig; aber kein irdischer Messianismus kann die Annahme der Botschaft vom Reich Gottes ersetzen. Es geht dabei um die wirkliche Befreiung des Menschen und um die Wahrheit der Verkündigung des Evangeliums selbst.

Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, daß jeder Dialog wahrheitsgemäß geführt wird und daß die Gegensätze über den Sinn des Daseins klargelegt werden; denn es gibt Verschwiegenheiten, die zur Selbstabdankung und Vereinnahmung führen. Für uns steht hier die Zukunft der Menschheit und der Kirche in Frage.

Folglich müssen im Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft für Christen von ihrem Gewissen her gewisse Aktionsregeln feststehen.

- Die Zusammenarbeit muß in voller Beachtung der gegenwärtigen Identität erfolgen. Verlust an Identität ist für niemanden ein Gewinn.
- Wo man meint, zusammenarbeiten zu können, kann dies nur

bei punktuellen Zielsetzungen geschehen. Man muß diese Zielsetzungen klar bestimmen. Die Aktion muß vorbereitet und nachträglich ausgewertet werden.

- Das macht es notwendig, daß die verschiedenen Engagements und Entscheidungen für Gesellschaftsformen unter Glaubensbrüdern in der Kirche miteinander auf der Grundlage des christlichen Verständnisses von Menschen verglichen werden.
- Da Christen schließlich wissen, daß niemand die ganze Zukunft des Menschen und sein Glück voll in der Hand hat, müssen sie ihre Urteilskraft unter Beweis stellen, ihren Glauben und ihr Wissen vom Wort Gottes in der lebendigen Tradition der Kirche erneuern. Aus unseren Kontakten mit den ärmsten Ländern wissen wir sowohl um das Scheitern eines Ungerechtigkeiten schaffenden Kapitalismus wie um das Versagen eines die Freiheit zerstörenden Kollektivismus. Wir müssen dringend neue Wege zu einer vollen Entwicklung der Personen und Völker zu finden suchen.

Neue Stile demokratischen Zusammenlebens fördern und eine wirkliche Teilung von Verantwortlichkeiten im lokalen wie im nationalen Leben anregen, das scheint uns gegenwärtig eine dringende Aufgabe zu sein. Angesichts der zahlreicher werdenden Interessenkämpfe und ideologischen Sackgassen ist es unsere Aufgabe, die Menschen, ob Gläubige oder nicht, miteinander zu versöhnen. Denn ihnen gilt eine gemeinsame Bestimmung. Das läßt sich nur machen, wenn man von Personen und Gruppen ausgeht, die gemeinsam die konkrete Verantwortung für ihre Zukunft tragen.

Die Christen sind zur Solidarität und zur Aktion aufgerufen. Für sie ist jeder Einsatz in der Brüderlichkeit der Menschen begründet. Sie sind sich bewußt, daß die wirkliche Umwandlung unserer Gesellschaft über die Begegnung mit dem auferstandenen Christus und das Hören seines Evangeliums erfolgt. Mit ihnen ist Gott in der Geschichte gegenwärtig. Darauf stützt sich ihre Hoffnung und ihr Vertrauen in einen jeden Menschen.

Wenn der Eurokommunismus an die Macht käme

Eine Rede des ehemaligen US-Außenministers Henry A. Kissinger

Die folgende Rede des ehemaligen Außenministers Henry A. Kissinger wurde unter dem Titel „Die kommunistischen Parteien in Europa: Eine Herausforderung für den Westen“ am 5. Juni dieses Jahres auf einer gemeinsamen Tagung mehrerer amerikanischer Institute für politische und internationale Beziehungen über „Italien und Eurokommunismus“ gehalten. Sie deckt mit unmißverständlicher Deutlichkeit die voraussichtbaren Gefahren auf, indem sie die Aussagen heutiger Eurokommunisten mit Aussagen von osteuropäischen Kommunistenführern aus den Jahren 1945 bis 1948 vergleicht und mit der Verharmlosung aufräumt, westeuropäische Kommunisten seien nur noch „Sozialdemokraten mit leninistischem Antlitz“. Unter Weglassung einer kurzen Einleitungs- und Schlußpassage geben wir den Text der Rede in eigener Übersetzung im Wortlaut wieder. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade in dem Augenblick, da der Zusammenhalt der hochindustrialisierten Demokratien gegen äußere Bedrohungen ganz besonders fest ist, zu einer Zeit, da unsere Zusammenarbeit mehr Gebiete umfaßt denn je, die Einheit, die unter soviel Anstrengungen und mit soviel Phantasie im Laufe einer Generation entwickelt wurde, durch eine interne

Gefahr aufs Spiel gesetzt werden sollte – durch das Erstarken der kommunistischen Parteien und die Gefahr, daß sie in einigen Ländern Westeuropas an die Macht kommen könnten.

Die unsichere Szenerie Westeuropas

In *Italien* hat die Kommunistische Partei in den Parlamentswahlen vom Juni 1976 34% der Stimmen erzielt und damit ihre Position als zweitgrößte Partei und mächtige Rivalin der Democrazia Cristiana, die Italien in der gesamten Nachkriegszeit regiert hat, ausgebaut. Die Zugewinne der Kommunisten gegenüber der Wahl von 1972 gingen größtenteils zu Lasten der demokratischen sozialistischen Gruppen und sind wesentlich mitverantwortlich für die zunehmende und gefährliche Polarisierung der italienischen Politik. Die Kommunisten haben schon heute praktisch ein Vetorecht über Regierungsprogramme im italienischen Parlament.

In *Frankreich* hat bei den Präsidentschaftswahlen vom April 1974 eine Koalition aus der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei den Sieg in der Stichwahl um nur einen Prozentpunkt verfehlt. Eine Mehrheit für diese Koalition in den Parlamentswah-

len, die im März 1978 abgehalten werden müssen, würde kommunistische Führer in Schlüsselministerien bringen. Und das zudem unter den Bedingungen einer Verfassungskrise, denn die Verfassung der V. Republik hat noch nicht die Belastungsprobe bestehen müssen, daß Präsident und Premierminister verschiedenen Parteien angehörten.

Auf der *Iberischen Halbinsel*, wo vielversprechende Schritte zur Demokratie hin getan werden, haben kommunistische Parteien rücksichtslos und mit disziplinierter Organisation darum gekämpft, ihren ohnehin schon beträchtlichen Einfluß zu verstärken. Portugal ist Mitglied der NATO, Spanien ist strategisch wichtig und durch besondere Abmachungen an die Vereinigten Staaten gebunden. Eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung jedes der beiden Länder hätte ernste Konsequenzen für die Sicherheit des Westens.

Und diese kommunistischen Herausforderungen sind nicht unabhängig voneinander. Es kann keinen Zweifel geben, daß ein kommunistischer Durchbruch zur Macht oder zur Teilhabe an der Macht in einem Land große psychologische Wirkung auf die anderen Länder haben würde, insofern als er die kommunistischen Parteien respektabel erscheinen läßt oder aber suggeriert, daß der Trend der Geschichte in Europa in diese Richtung geht.

Die meisten Ursachen dieses Phänomens liegen in den jeweiligen Ländern begründet. Und also muß die Antwort auf diese Herausforderung in erster Linie von den europäischen Führern und Wählern kommen, die überzeugt sind, daß die Demokratie dieser Anstrengung wert ist. Amerika kann ihnen die Entscheidung nicht abnehmen noch das Ergebnis freier Wahlen bestimmen. Aber Amerika *muß* die Bedeutung dessen erkennen, was vielleicht vor uns liegt. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, was es für die grundlegendsten Prämissen der amerikanischen Außenpolitik bedeuten wird, wenn kommunistische Führer an die Macht kommen. Wir dürfen weder unser eigenes Volk noch die Völker in den verbündeten Staaten, die unser Urteil ernst nehmen, über die Ernsthaftigkeit der Bedrohung im unklaren lassen. Wir dürfen ihre Entschlossenheit nicht schwächen dadurch, daß wir entweder einen kommunistischen Sieg als unvermeidbar behandeln – was er nicht ist – oder aber so tun, als ob ein kommunistischer Wahlsieg ein zufälliges, vorübergehendes oder belangloses Phänomen wäre. Letztendlich müssen die Wähler in Europa die Entscheidung treffen. Aber sie – und wir – wären in Wunschenken befangen, wenn wir alle jetzt nicht realisierten:

- daß es eine nachhaltige Veränderung der europäischen Politik bedeuten würde, wenn Kommunisten in einem verbündeten Land an die Macht kämen;
- daß eine solche Entwicklung grundlegende Konsequenzen für die Struktur der Nachkriegswelt, so wie wir sie kennen, hätte sowie für Amerikas Beziehungen zu seinen wichtigsten Verbündeten;
- und daß sich dadurch für *alle* freien Nationen die Aussichten auf Sicherheit und Fortschritt ändern würden.

Gegenüber Absichtserklärungen sind Zweifel angebracht

Jene, die diese Aussichten weniger ernst nehmen, behaupten oft, die europäischen kommunistischen Parteien seien unabhängig von Moskau, sie seien erfolgreich demokratisiert und assimiliert, und sie stellten daher kein internationales Problem im weiteren Ost-West-Kontext dar.

Die zentrifugalen und polyzentristischen Tendenzen in der kommunistischen Welt sind gewiß eine der erstaunlichsten Entwicklungen unseres Zeitalters. Diese Schismen werden zudem durch die Leidenschaften eines quasi-religiösen Kampfes darum, welches das wahre Dogma und welches die Häresie sei, intensiviert. Symptomatisch dafür ist die Tatsache, daß die Sowjetunion militärische Gewalt in der Nachkriegszeit ausschließlich gegen andere kommunistische Länder angewandt hat – in Ost-Berlin, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und an der chinesisch-sowjetischen Grenze. Der chinesisch-sowjetische Konflikt ist vielleicht sogar der tiefgreifendste und potentiell explosivste internationale Konflikt unserer Tage. Auch wird kein ernst zu nehmender Beobachter leugnen, daß die kommunistischen Parteien in Westeuropa in der Tat gelegentlich einen gewissen Grad von Unabhängigkeit von der Sowjetunion demonstriert haben.

Aber damit ist das Thema kaum erschöpft. Denn wir müssen fragen: In welcher Hinsicht und in welchen Fragen sind sie unabhängig? Und welche objektiven Konsequenzen ergeben sich für den Westen aus ihrer Politik und ihren Programmen?

Wir dürfen wohl hinsichtlich der Aufrichtigkeit von Unabhängigkeitsdeklarationen, die so vollkommen dem eigenen Vorteil bei Wahlen entsprechen, eine gewisse Skepsis hegen. Man muß nicht einmal ein Zyniker sein, um mit Verwunderung zu registrieren, daß die französischen Kommunisten, die traditionell vielleicht stalinistischste Partei in Westeuropa, das sowjetische Konzept der Diktatur des Proletariats ohne eine einzige Gegenstimme von 1700 Delegierten verworfen haben, wie es auf ihrem dritten Parteitag im Februar 1976 geschah; wo doch alle vorhergehenden Parteitage dieselbe Diktatur des Proletariats gleichermaßen einstimmig mit 1700 zu 0 Stimmen gebilligt hatten. Warum war nicht wenigstens eine einsame Seele bereit, die frühere Ansicht weiter zu verfechten? Diese Änderung wurde groß als Geste der Unabhängigkeit herausgestellt. Und jetzt stellt sich heraus, daß die neue Verfassung der Sowjetunion, die seit Jahren in Vorbereitung ist, diese Phrase ebenfalls fallengelassen hat.

Solange sie bestehen, war das Leitprinzip aller kommunistischen Parteien ihr Beharren darauf, daß eine Minderheit als Vorhut der Arbeiterklasse die Macht ergreifen und ihre Ansichten der übrigen Bevölkerung aufzwingen müsse. Diese Geringschätzung demokratischer Prozeduren – ob in der traditionellen Form der „Diktatur des Proletariats“ oder in Gramscis eleganterer Bezeichnung „Hegemonie der Arbeiterklasse“ – gerade ist das, was die kommunistischen historisch von den sozialistischen Parteien unterscheidet. Es fällt mir schwer zu glauben, daß kommunistische Parteien, nachdem sie jahrzehntelang die Sozialdemokratie verleumdet und, vor allem in jedem kommunistischen Land, als Todfeind behandelt haben, plötzlich zu Sozialdemokraten geworden sind. Ob sie nun von Moskau unabhängig sind oder nicht, Kommunisten vertreten eine Philosophie, die ihrer Natur und ihren eigenen Bekundungen nach außerhalb des „bourgeois“ Rahmens westlicher Verfassungsgeschichte steht; sie sind eine Bewegung, die sich auf eine andere Tradition beruft und ein weitgehend irreführendes Vokabular benutzt.

Zugegeben, die französische, spanische und italienische kommunistische Partei haben alle vor kurzem ihre Entschlossenheit bekundet, „innerhalb des Pluralismus politischer und sozialer Kräfte zu arbeiten, Garantien zu respektieren und alle individuellen und kollektiven Freiheiten zu entwickeln“. *Enrico Berlinguer* und *Georges Marchais* haben auf einer Konferenz kommunistischer Parteien in Ost-Berlin im Juni 1976 ihr Bekenntnis zu nationaler Unabhängigkeit und politischem Pluralismus abgelegt.

Aber können wir diese Erklärungen für bare Münze nehmen? Schließlich hat Marchais Bulgarien, Polen und Ostdeutschland als Länder mit einem „pluralistischen“ Parteiensystem bezeichnet. Noch 1972 lautete die Doktrin der französischen Kommunisten, „es kann keine Rückkehr geben vom Sozialismus zum Kapitalismus“. Und vor ein paar Wochen haben die französischen Kommunisten, zur großen Verärgerung ihrer sozialistischen Verbündeten, die Kosten des Wirtschaftsprogramms der beiden Parteien auf über 100 Milliarden Dollar beziffert. Ein kommunistisches Programm fordert per definitionem eine radikale Umwandlung der Gesellschaft; schon das Wesen ihrer Glaubenssätze wird die Kommunisten dazu bringen, institutionelle Veränderungen durchzusetzen, die ihre Machtübernahme verewigen würden.

Bekenntnisse von einst und jetzt

Überdies, sind diese Beteuerungen eines nationalen Weges zum Kommunismus und die Bekenntnisse zu demokratischen Prinzipien wirklich so neu? Lassen Sie mich einige Zitate europäischer kommunistischer Führer anführen:

– Erstens: „Der springende Punkt, und wir Marxisten sollten das genau wissen, ist folgender: Jede Nation wird den Übergang zum Sozialismus nicht auf einer ausgearbeiteten Route vollziehen, nicht genau wie in der Sowjetunion, sondern auf einem eigenen Weg, abhängig von ihren historischen, nationalen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten.“ – Das war aus einer Rede von *Georgi Dimitrov*, Führer der Bulgarischen Kommunistischen Partei, vom Februar 1946.

– Zweitens: „Wir sind der Ansicht, daß es falsch wäre, das sowjetische System (unserem Land) aufzuzwingen, da diese Methode nicht den heutigen Entwicklungsbedingungen entspricht... Wir vertreten vielmehr die Auffassung, daß die vordringlichen Interessen des... Volkes in seiner gegenwärtigen Situation eine andere Methode verlangen..., nämlich die Methode, ein demokratisches antifaschistisches Regime, eine parlamentarische demokratische Republik zu errichten mit vollen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“ – Das ist aus einer Proklamation der (Ost-)Deutschen Kommunistischen Partei vom Juni 1945.

– Drittens: „Die große nationale Aufgabe, vor der unser Land steht, kann weder von der Kommunistischen Partei noch von irgendeiner anderen Partei allein gelöst werden. Die Kommunistische Partei ist der Auffassung, daß sie kein Monopol hat und kein Monopol braucht, in den Massen für den Wiederaufbau der neuen (Nation) zu arbeiten. Die Kommunistische Partei tritt nicht für ein Ein-Parteien-System ein. Mögen die anderen Parteien gleichsam tätig werden und sich organisieren.“ Das ist eine Erklärung von *Erno Gerò*, Führer der Kommunistischen Partei Ungarns, aus dem November 1944.

– Viertens: „In (unserem Land) besteht eine Funktionsteilung, und die Staatsgewalt beruht auf parlamentarischer Demokratie. Die Diktatur des Proletariats oder einer einzelnen Partei ist nicht notwendig. (Unser Land) kann seinen eigenen Weg gehen und geht ihn auch.“ – Das ist aus einer Rede *Władysław Gomułka*s, des Führers der Kommunistischen Partei Polens, vom Januar 1946.

– Fünftens: „Die Kommunistische Partei sucht den Sozialismus aufzubauen, aber wir sind der Meinung, daß das sowjetische System nicht der einzige Weg zum Sozialismus ist... Die Koalition der Kommunisten mit anderen Parteien ist nicht opportunistisch, keine vorübergehende, begrenzte Koalition, sondern Ausdruck... aller Schichten des arbeitenden Volkes... Wir versu-

chen gegenwärtig unsere neuen demokratischen parlamentarischen Methoden... in einem Verfassungsgesetz festzuschreiben. Wenn Sie die Ansicht der Kommunisten wissen wollen, so kann ich nur sagen, sie werden die striktesten Hüter der neuen Verfassung sein.“ – Das ist eine Erklärung von *Klement Gottwald*, Führer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, vom Januar 1947.

– Sechstens: Marchais spricht vom „Sozialismus in den Farben Frankreichs“. Aber schon 1938 beschrieb George Orwell die Strategie der französischen Kommunisten mit den Worten, sie „marschieren hinter der Trikolore“.

Kurz, was die Führer der kommunistischen Parteien des Westens heute über ihr Eintreten für demokratische Prozesse sagen, unterscheidet sich nicht signifikant von dem, was Führer osteuropäischer kommunistischer Parteien mit gleicher Emphase in den vierziger Jahren erklärten – bevor sie vollständig die Macht an sich rissen, die sie seither nicht mehr abgegeben haben.

Sicherlich sind kommunistische Parteien willens, durch demokratische Mittel an die Macht zu kommen. Aber könnten sie zulassen, daß der demokratische Prozeß das wieder rückgängig macht, was sie als unvermeidbaren Gang des „historischen Fortschritts“ betrachten? Würden sie die Institutionen – Presse, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen – erhalten, welche die hauptsächlichliche Bedrohung ihrer Macht darstellen? Würden sie die Freiheiten schützen, die zum Werkzeug ihrer zukünftigen Niederlage werden könnten? Keine kommunistische Partei, die allein herrschte, hat das je getan, und die überwältigende Mehrheit jener demokratischen Parteien, die Koalitionen mit europäischen Kommunisten eingegangen sind, findet man heute im Register von Geschichtsbüchern und nicht in Ministerien oder Parlamenten.

Nur in Westeuropa und in den USA hegt man Illusionen

Zwar hat die Italienische Kommunistische Partei nach ihrer verheerenden Niederlage durch die Christdemokraten 1948 die Regierung verlassen. Aber die Situation heute ist eine ganz andere. 1948 waren die Kommunisten eine viel kleinere Partei, die in den Regionen und Gemeinden kaum Macht hatte. Sie mußte gegen eine jüngere und geeintere Christdemokratische Partei antreten, gegen eine starke Sozialistische Partei und ein entschlossenes westliches Bündnis, das durch Stalins Abenteuer in Griechenland und der Tschechoslowakei aufgerüttelt war. Heute sitzen die italienischen Kommunisten in den Regierungen der meisten größeren Städte und Regionen, haben enormen Rückhalt in den Gewerkschaften und wesentliche Unterstützung von Intellektuellen und unter den populären Künstlern, und sie haben die Sozialisten auf ein Bruchteil dessen reduziert, was sie vor drei Jahrzehnten waren.

Ähnlich wurden die französischen Kommunisten 1947, nach der Verschärfung des kalten Krieges, aus der Regierung entfernt. Aber wie in Italien im darauffolgenden Jahr erfolgte die allgemeine Empörung gegen die Kommunisten im Rahmen eines gemeinsamen Westens, der klar die äußere und innere Gefahr für sein Überleben erkannte. Im Gegensatz dazu gibt es heute zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans viele Menschen, die sich die Überzeugung erlauben, daß der europäische Kommunismus nur eine Sozialdemokratie mit leninistischem Antlitz ist.

Wir können nicht mit Sicherheit sagen, ob in den traditionellen Zielen und Taktiken dieser Parteien ein grundlegender Wandel

stattgefunden hat. Aber ihre innere Organisation und ihr Management sprechen gegen eine solche Ansicht. Es ist nicht demokratischer Pluralismus, sondern das strenge leninistische Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, das weiterhin die innere Struktur aller europäischen kommunistischen Parteien bestimmt. Es ist eine Doktrin eiserner Disziplin, kein Prinzip eines freien und offenen Dialogs. Es ist ein System des Dogmas, einer „Parteilinie“, von Autorität und Gehorsam, von Unterdrückung jeglicher Abweichung und von Säuberung der Abweichler. Es gibt zu viele neuere Beispiele von Gewaltanwendung, von Versuchen, Zeitungen und Rundfunk zu zensieren, und von Bemühungen, die Universitäten zu kontrollieren, als daß man optimistisch über ihren Charakter sein könnte.

Nur in Westeuropa und den Vereinigten Staaten hegt man noch Illusionen über die Natur kommunistischer Parteien. In Osteuropa sind Langeweile, intellektuelle Leere, Ineffizienz und ein lähmender Bürokratismus schon jahrzehntelang offensichtlich. Einstmals führende Industriemächte sind zu Mittelmaß und Stagnation abgesunken; Nationen mit langer demokratischer Tradition haben die Zerstörung bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Verfahren erlebt. Die Länder des Westens würden ihre Zukunft aufs Spiel setzen, wenn sie die Augen vor dieser Realität verschlössen. Gesellschaften, die schwierige Entscheidungen dadurch zu umgehen suchen, daß sie sich mit tröstlichen Zukunftsaussichten beruhigen, werden nicht für ihre Zurückhaltung belohnt, sie beschleunigen nur ihren eigenen Untergang.

Die Kernfrage ist, wie kommunistisch kommunistische Parteien sind

Manchmal wird die Frage gestellt: Wenn die Vereinigten Staaten mit den kommunistischen Regierungen in der Sowjetunion, in China, Osteuropa und sogar in Kuba und Vietnam fertig werden, warum können wir es nicht hinnehmen und damit fertig zu werden versuchen, daß kommunistische Parteien in Westeuropa die Macht erlangen wollen? Ist der Sowjetunion nicht unbehaglich zumute bei der Aussicht auf neue kommunistische Regime, die sie vielleicht nicht kontrollieren kann?

Diese Fragen gehen am Kernpunkt vorbei. Es ist ein entscheidender Unterschied, ob man einen Konflikt mit Gegnern austrägt, oder ob man ein Bündnis mit Freunden unterhält, insbesondere da die Chancen für stabile Ost-West-Beziehungen entscheidend auf dem Zusammenhalt des westlichen Bündnisses beruhen. Und selbst wenn einige westeuropäische kommunistische Parteien sich als schwieriger erweisen sollten als die besser disziplinierten Satelliten in Osteuropa und damit Moskau neue Probleme schafften, so würden sie doch dem Westen weitaus schwerwiegendere Probleme bereiten.

Denn die Kernfrage ist nicht, wie „unabhängig“ die europäischen Kommunisten wären, sondern wie kommunistisch. Die Dynamik der kommunistischen Parteien und das Programm, aufgrund dessen sie gewählt würden, lassen den Schluß zu, daß ihre Außen- und Innenpolitik wohl kaum mit den gemeinsamen Zielen des Atlantischen Bündnisses in Einklang stünde.

Die Solidarität der großen hochindustrialisierten Demokratien hat dreißig Jahre lang weltweit Sicherheit garantiert. Die kollektive Verteidigung des Westens war der Schild, hinter welchem die Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan die Institutionen der europäischen Einheit und das progressive Weltwirtschaftssystem entwickelt haben. All diese Beziehungen würden ernsthaft gefährdet, wenn Kommunisten in den Regierungen verbündeter Länder säßen.

Insbesondere:

Das amerikanische Volk würde den Charakter des Bündnisses nicht mehr klar erkennen können. Die Unterzeichner des Nord-Atlantik-Pakts erklärten 1949, sie seien „entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker zu bewahren, die auf den Prinzipien der Demokratie, der individuellen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit beruhen“. Wenn Kommunisten in die Regierung eines verbündeten Landes einträten, so würde der Verpflichtung, das militärische Gleichgewicht in Europa bewahren zu helfen, die moralische Grundlage fehlen, auf der sie eine Generation lang ruhte. Das amerikanische Volk müßte seine Aufgabe im Rahmen der Allianz aufgrund von zwei äußerst unsicheren, ungeprüften Annahmen erfüllen: daß es eine neue kommunistische Strömung gibt, die sich schließlich von Moskau abspalten wird, und daß der Westen in der Lage sein wird, diese neuen Abspaltungen zu seinem Vorteil zu manipulieren.

Beide Propositionen sind äußerst zweifelhaft. Keine größere Spaltung des kommunistischen Lagers ist je als Folge einer bewußten Politik des Westens entstanden oder verlängert worden – die Auseinandersetzungen der Sowjetunion mit Jugoslawien und China schwelten sogar schon Monate und Jahre, bevor der Westen ihrer gewahr wurde.

Sollte aber tatsächlich eine solche Spaltung sich entwickeln, so wäre der Schaden für die Struktur der NATO zu dem Zeitpunkt, da die Spaltung endlich vollzogen wäre, wahrscheinlich schon irreparabel. Und der Charakter der atlantischen Beziehungen würde vollständig verändert, auch wenn die USA aus bestimmten Erwägungen heraus sich entschließen sollten, einen revisionistischen Kommunismus zu unterstützen. Zwar könnten die USA einer Ausdehnung der sowjetischen Hegemonie auf Westeuropa niemals gleichgültig zusehen, doch wäre eine Truppenstationierung kaum aufrechtzuerhalten, um einige kommunistische Regierungen gegen andere kommunistische Regierungen zu verteidigen. Sie wäre nur zu rechtfertigen mit einer reinen Gleichgewichtspolitik, die mit der amerikanischen Tradition und mit der amerikanischen öffentlichen Meinung unvereinbar wäre.

Die wahrscheinlichen Wirkungen auf das westliche Bündnis

Die Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Allianz im allgemeinen wären verheerend. Die westliche Allianz wird zusammengehalten durch ein System enger Konsultationen auf der Grundlage von gemeinsamen Zielen und einer ähnlichen Philosophie. Präsident de Gaulle trat für die Unabhängigkeit Frankreichs von den USA ein, aber in großen Krisen, um Berlin oder die sowjetischen Raketen auf Kuba, stand er fest an der Seite seiner Verbündeten. Gleichermaßen ist zu erwarten, daß kommunistische Regierungen in Westeuropa, wie unabhängig von Moskau sie auch in innerparteilichen Fragen sein mögen, ihre grundlegende kommunistische Überzeugung in wichtigen internationalen Fragen demonstrieren werden.

Wenn kommunistische Parteien in Westeuropa an die Macht kämen, würden sich zwangsläufig in außenpolitischen Fragen bedeutende Meinungsverschiedenheiten ergeben zwischen Europa und den USA sowie zwischen den europäischen Staaten, in deren Regierungen Kommunisten säßen, und den anderen.

Im Februar 1976 erklärte der Führer der KPI Berlinguer einem Interviewer der Londoner „Times“, „die Friedenspolitik der Sowjetunion liegt im allgemeinen Interesse der Menschheit“. Das

Organ der italienischen KP beschimpfte die NATO letztes Jahr als „eines der wesentlichen Instrumente zur Manipulierung der Politik und Wirtschaft unseres Landes und Westeuropas durch die USA“ und verlangte, „die Beziehungen zwischen den Ländern Westeuropas und den zwei Supermächten müssen neu durchdacht werden“. Ein führendes Mitglied des Zentralkomitees der italienischen KP wurde kürzlich in einem Interview mit Radio Free Europe gefragt: „Wenn die französische und die italienische KP an der Macht wären, was würden Sie tun im Falle einer „ernsten internationalen Krise zwischen der Sowjetunion und dem Westen?““ Er antwortete: „Wir würden natürlich die sowjetische Seite wählen.“ Soweit einer „Unterstützung“ der NATO das Wort geredet wird, hat sie eindeutig taktische Gründe und beruht auf einer Entstellung der Entspannungspolitik. Sie ist gekoppelt mit der Annahme, daß eine Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion unvorstellbar ist. Keine europäische kommunistische Partei erklärt, sie wolle Teil eines westlichen Bündnissystems sein, um einer sowjetischen Expansion zu trotzen. Und wie könnten leninistische Parteien sich auch ernsthaft an ein militärisches Bündnis binden, das in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet war und bleibt?

Zugegeben, diese Parteien haben Differenzen mit der Sowjetunion gehabt, aber in fast jedem einzelnen Fall ging es dabei um Beziehungen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Sie haben kaum je, wenn überhaupt, in einer internationalen Frage eine andere Position vertreten als die Sowjetunion. Die italienische KP hat die Kubaner in Angola als „Freiheitskämpfer“ gefeiert, die Rettung der Geiseln in Entebbe durch Israel als eine „unerträgliche Verletzung der nationalen Souveränität Ugandas“ verurteilt, die sowjetische Politik in Afrika mit Beifall bedacht und die diplomatischen Anstrengungen Amerikas in Südafrika als einen Versuch gebrandmarkt, „die neokolonialistischen und militärisch-strategischen Interessen des Imperialismus zu retten“. Bestenfalls ist zu erwarten, daß die westeuropäischen kommunistischen Parteien sich in ihrer Politik enger an die sogenannten Bündnisfreien anlehnen und in eine antiwestliche Richtung steuern.

Ein solch starkes Eintreten für die Interessen des Westens in vielen Gebieten der Welt wie von unseren Verbündeten – ich denke etwa an die mutige Aktion Präsident Giscard in Zaïre – wäre von einer Nation, in der die Kommunisten an der Macht teilhaben, nicht zu erwarten. Im Mittleren Osten, in Südafrika, in den Beziehungen zur Dritten Welt, in Berlin, in Fragen der Rüstungskontrolle und der europäischen Sicherheit würde die Übereinstimmung der Ansichten, die zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten derzeit besteht, fast mit Sicherheit zerstört. Ganz im Gegenteil, wahrscheinlich ist eher eine aktive Opposition. Wie könnte unter solchen Umständen überhaupt die Einheit der atlantischen Bündnisse gewahrt werden, auch in der Sicherheitsfrage?

Mit NATO- und EG-Treue nicht zu rechnen

Die militärische Stärke und Einheit der NATO würde ernsthaft geschwächt. Die kommunistischen Parteien Westeuropas legen ein Lippenbekenntnis zur NATO ab. Doch ist schwer vorstellbar, wie die gegenwärtige NATO-Struktur bestehen bleiben könnte mit dem Austausch geheimster Informationen, mit der integrierten militärischen Planung, mit den politischen Konsultationen, wenn Kommunisten nennenswerten Anteil an der Macht hätten.

Die Beteiligung kommunistischer Parteien an Regierungen in Westeuropa würde einschneidende Verfahrensänderungen erfordern, wie schon einmal vorübergehend im Falle von Portugal, das auf die Teilnahme an geheimen Erörterungen innerhalb der Organisation verzichten mußte, solange seine politische Zukunft noch im unklaren lag. Diese Parteien werden wohl kaum im Budget der NATO-Verteidigung Vorrang geben. Kommunistische Parteien würden gewiß ihre Macht dazu benutzen, die vereinten Verteidigungsanstrengungen Westeuropas zu verringern, und unvermeidlich damit unsere eigene Bereitschaft schwächen, die Kosten für die Stationierung von US-Truppen in Europa zu tragen.

Wenn Kommunisten in nennenswerter Weise an den Regierungen entscheidender europäischer Länder beteiligt wären, so würde darüber hinaus die NATO womöglich mangels anderer Partner zu einer überwiegend deutsch-amerikanischen Allianz. Dieses Gespenst könnte dann in anderen westeuropäischen Ländern dazu benutzt werden, den restlichen Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses zu untergraben. Wäre die NATO so geschwächt, während die Sowjetunion ihre strategische und konventionelle Stärke ausgebaut und den Warschauer Pakt weiterhin fest im Griff hätte, dann wäre das wichtige Machtgleichgewicht zwischen Ost und West in Europa grundlegend bedroht. Die Freiheit vieler europäischer Länder, verbündeter oder auch neutraler Staaten, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, würde in dem Maße abnehmen, wie die Furcht vor der Macht der Sowjets zunähme. Schließlich käme es zu massiven Kräfteverschiebungen gegen uns, nicht weil eine Mehrheit frei einen solchen Kurs gewählt hätte, sondern weil die Störung des allgemeinen Gleichgewichts ihnen keine Alternative gelassen hätte.

Die vielversprechende Entwicklung der europäischen Einheit würde unterhöhlt. Die französische und die italienische KP haben die Gründung des Gemeinsamen Marktes als eine Verschwörung des Monopolkapitals bekämpft. Bis vor kurzem noch haben sie konsequenterweise die Entwicklung zur europäischen Einheit bekämpft. In letzter Zeit haben sie die Europäische Gemeinschaft als Faktum akzeptiert; jetzt erklären sie, sie wollten sie demokratischer machen und sie „durch einen Prozeß der Innovation... auf dem Gebiet sowohl der Institutionen wie auch der allgemeinen Orientierungen“ umgestalten, wie Berlinguer sich ausdrückt. Man wird sich darauf verlassen dürfen, daß sie den Gemeinsamen Markt in Richtung auf engere Beziehungen zu den Staatswirtschaften Osteuropas und den extremeren Forderungen der Dritten Welt nach einer „neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ orientieren wollen. Man kann wohl annehmen, daß sie nicht für ein politisch geeintes Europa eintreten werden, das mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeitet; eher werden sie wohl, wenn sie eine Einigung überhaupt unterstützen, zu einer Politik der Dritten Kraft tendieren. Und im Laufe der Zeit werden dann entweder die Regierungen mit kommunistischer Beteiligung die anderen zu sich herüberziehen, oder aber es werden sich tiefe Risse bilden zwischen den traditionellen Atlantikern und der „Neuen Linken“ in der Europäischen Gemeinschaft. Beides wäre zerstörerisch für die europäische Einheit und die atlantische Solidarität.

Welche Hypothese wir also auch nehmen, eine kommunistische Beteiligung an Regierungen in Westeuropa hätte nachhaltige Konsequenzen für die internationale Struktur, wie sie sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat. Wir können nicht tatenlos zusehen oder uns darüber hinwegtäuschen, daß eine nennenswerte Machtbeteiligung der Kommunisten in Westeuropa ein Wendepunkt in den atlantischen Beziehungen wäre.

Die Chancen der Kommunisten liegen in der Demoralisierung des Westens

Die Haltung der Vereinigten Staaten zu einer solchen Entwicklung muß notwendigerweise komplex sein. Die entscheidende Rolle kommt den europäischen Regierungen zu; die endgültige Entscheidung haben die europäischen Wähler zu treffen. Wir können ihnen beides nicht abnehmen.

Letzten Endes liegen die Chancen der kommunistischen Parteien in Westeuropa weniger in ihrer eigenen Stärke als in der Demoralisierung, Zersplitterung oder Desorganisation ihrer Gegner; sie sind erfolgreich nur, wenn das demokratische System nicht fähig scheint, die sozialen Probleme des Tages zu lösen, wenn eine starke Mitte fehlt und es zu einer Polarisierung der Gesellschaft kommt. Gewalt – wie sie gegenwärtig Italien heimsucht – treibt viele schließlich den Kommunisten in die Arme.

Die wichtigsten Gründe für die Stimmengewinne der Kommunisten liegen also sehr tief und sind nicht einfach zu beseitigen. In vielen europäischen Ländern herrscht ein Gefühl der Enttäuschung über die demokratische Regierung und die demokratischen Führer. In einer Zeit des Friedens, in einer Welt der Bürokratie und der Massenproduktion gibt es keine belebende Krise und kaum Gelegenheit zu heroischen Taten. Ein relativistisches Zeitalter hat der Autorität ihren Nimbus genommen und nichts an ihre Stelle als Organisationsprinzip der Gesellschaft gesetzt. Eine starke unpersönliche Bürokratie zerstört den Glauben des Bürgers an die Ansprechbarkeit seiner Regierung und macht gleichzeitig die Aufgabe der gewählten Politiker schwieriger. In zu vielen demokratischen Ländern bietet sich den Jungen zu wenig Grund zur Begeisterung, und die ältere Generation hat zu oft den Glauben an ihre eigenen Werte verloren. Zu häufig sind demokratische Führer allein damit beschäftigt, ein Amt zu erobern und zu behalten, und haben nicht die Kraft der Überzeugung und die philosophische Selbstsicherheit ihrer radikalen Gegner.

Gerade der Erfolg der westlichen Gesellschaften in den Bemühungen um die Erhaltung eines Wohlstandes, von dem man noch vor vierzig Jahren nicht einmal zu träumen wagte, vergrößert ihre Schwierigkeiten. Die Intellektuellen verurteilen den Materialismus der Gesellschaft, wenn sie wohlhabend ist, und ihre Ungerechtigkeit, wenn sie den Wohlstand nicht sichern kann. Die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vergangenen vier Jahre heizen die Frustration all jener an, deren Hoffnung auf wirtschaftliches Vorwärtkommen zunichte gemacht sind. Die Interdependenz der Volkswirtschaften läßt Inflation und Rezession nationale Grenzen überschreiten und verstärkt damit das Gefühl der persönlichen Ohnmacht.

Und dennoch, trotz aller dieser Schwierigkeiten, liegt es in der Macht der demokratischen Kräfte des Westens, zu entscheiden, ob die kommunistischen Parteien erfolgreich sind. Sie haben die Kraft, ihre Wirtschaft auf den Weg einer nichtinflationären Expansion zu lenken. Sie haben das intellektuelle Kapital und die Ressourcen, eine neue Periode der Kreativität einzuleiten. Antikommunismus ist nicht genug; nötig ist eine Reform jener Ungerechtigkeiten, aus denen die antidemokratischen Kräfte soviel Kapital schlagen. Mit einer fähigen Führung – und dem Zusammenhalt des Westens – können die Demokratien die Herausforderung bestehen und eine Periode dramatischer Fortschritte einleiten.

Was Amerika tun muß

In diesem Prozeß müssen die Vereinigten Staaten unbedingt eine entschlossene und überzeugte Haltung ihrer Verbündeten unterstützen.

Erstens müssen wir klar das Problem sehen, das eine kommunistische Machtbeteiligung in Westeuropa bedeutet, und wir müssen wissen, welche praktischen Entscheidungen es uns als einer Nation aufzwingt. Wir brauchen ein Programm zur Unterstützung der gemäßigten und fortschrittlichen Kräfte in dieser kritischen Periode und zu ihrer Mobilisierung für den Fall eines kommunistischen Erfolgs.

Zweitens dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, als betrachteten wir einen Erfolg der Kommunisten als ausgemachte Sache – z. B. durch ostentative Treffen mit kommunistischen Führern oder durch zweideutige Erklärungen. Der Erfolg der Kommunisten ist keine ausgemachte Sache; ein Zögern oder ein Mangel an Eindeutigkeit von seiten der USA können jedoch dazu beitragen. Kommunistische Parteien leiden unter Schwächen und inneren Spannungen, und sie haben einen grundlegenden Makel: Parteien, die nicht für die menschlichen Werte eintreten, welche die Völker des Westens schon jahrhundertlang achten, können kaum eine Mehrheit in einer westlichen Nation hinter sich bringen außer in einer beunruhigenden Krise. In keinem westeuropäischen Land hat eine kommunistische Partei mit fairen Mitteln je mehr als ein Drittel der Stimmen erobern können. Ihre machtvollsten Waffen sind Furcht, Mißtrauen und Enttäuschung, ihre größte Hilfe ist der Mythos ihrer Unausweichlichkeit. Deshalb tun wir unseren Freunden in Europa keinen Gefallen, wenn wir den Eindruck erwecken, daß es für unsere Einstellung und Politik wenig oder gar keinen Unterschied ausmacht, ob die Kommunisten und ihre Verbündeten an die Macht gelangen. Ich spreche weniger von formellen Erklärungen – welche von taktischen Erwägungen abhängen, die ein Außenstehender nur schwer nachvollziehen kann – als von einer klaren und unzweideutigen Haltung der USA.

Es ist argumentiert worden, eine solche Politik würde das genaue Gegenteil dessen bewirken, was bezweckt wird, sie würde den Kommunisten Protestwähler bringen. Ich glaube, daß das Gegenteil der Fall ist. Es gibt keinen Beweis dafür, daß Wähler durch unsere Haltung dazu gebracht würden, die Kommunisten zu wählen. Im Gegenteil, die wirkliche Gefahr liegt vielleicht gerade darin, daß viele, die normalerweise Gegner der kommunistischen Parteien sind, eingeschlafert werden könnten durch Stimmen, Haltungen und Zweideutigkeiten, die den Schluß zulassen, daß unsere traditionelle Gegnerschaft sich geändert hat. Paradoxiertweise schwächen wir auch eventuelle gemäßigte Elemente in kommunistischen Bewegungen, wenn wir uns zu bereitwillig mit verbalen Versicherungen abspeisen lassen.

Wenn die Vereinigten Staaten die Verpflichtung haben, politische Freiheit überall in der Welt zu unterstützen, dann haben wir zweifellos die Pflicht, keinerlei Zweifel an unseren Überzeugungen aufkommen zu lassen in einer Frage, die so entscheidend ist für die Zukunft des westlichen Bündnisses und damit für die Zukunft der Demokratie. Menschenrechte sind kein Abstraktum, das nur Rechtsprozesse betrifft und unabhängig ist von Grundfragen der politischen und geopolitischen Struktur. Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, daß es einen Rückschlag für die europäische Freiheit bedeutet, wenn kommunistische Minderheiten entscheidenden Einfluß in der europäischen Politik gewinnen; wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den Auswirkungen auf die Freiheit in der gesamten Welt, wenn das

Gleichgewicht in der Welt sich zuungunsten des Westens verschiebt.

Drittens sollten die USA durch die Politik gegenüber ihren Verbündeten gemäßigte, progressive und demokratische Regierungen in Westeuropa zu stärken suchen. Wir müssen uns einerseits vor Forderungen oder Ermahnungen hüten, welche die Zersplitterung innerhalb der europäischen Länder oder das Gefühl der Ohnmacht der europäischen Regierung verstärken würden. Gleichzeitig können die Vereinigten Staaten ein Erfolgserlebnis vermitteln, indem sie die Zusammenarbeit bei der Lösung gemeinsamer Probleme anbieten. Das war das Ziel der Wirtschaftsgipfel der westlichen Staats- und Regierungschefs, die Präsident Ford in Rambouillet und Puerto Rico begonnen hat und die Präsident Carter in London so erfolgreich fortsetzen konnte.

Von den Demokratien hängt alles ab

Von der Einheit und Zusammenarbeit der Demokratien hängt alles ab, was Amerika in der Welt tut. Die westliche Einheit garantiert nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch unseren Lebensstil und die grundlegendsten moralischen Werte unserer Kultur. Darin können wir nicht neutral sein.

Die stagnierenden Gesellschaften des Ostens können gleichzeitig Warnung und Hoffnung sein. Sie erinnern uns daran, daß die la-

te intellektuelle und politische Vitalität des Westens mehr noch als seine materielle Prosperität den Neid der Welt hervorruft. Der Wind der Veränderung weht letzten Endes aus dem Westen. Die Osteuropäer sind sich zweifellos dessen bewußt, daß die Modernisierung, die Entwicklung der Wissenschaften und zu einem Gutteil der modernen Kultur vor allem aus dem Westen kommen, daß er die Zuflucht des freien Geistes ist. Die Entwicklungsländer suchen Hilfe, Unterstützung und das Maß dessen, was der Mensch erreichen kann, wenn er sich nur bemüht, ebenfalls im Westen, nicht im Osten. Unsere Technologie, unsere Kreativität, unsere einmalige wirtschaftliche Stärke und nicht irgendeine bürokratische Doktrin des wirtschaftlichen Determinismus, sind die Kräfte, die die Zukunft gestalten werden, wenn wir die Energien der freien Völker mobilisieren.

Dies ist nicht die Zeit, zu resignieren und sich abzufinden; dies ist die Zeit für Zuversicht, Entschlossenheit und Hoffnung. Kein totalitäres Regime, keine totalitäre Bewegung kann so stark sein wie freie Männer und Frauen und freie Nationen, wenn sie gemeinsam, im Bewußtsein ihrer Stärke und im Vertrauen auf ihre Zukunft handeln. Der Geist der Freiheit kann niemals unterdrückt werden. Aber die Freiheit kann allmählich verlorengehen. Eine solche Gefahr besteht heute in Westeuropa, und diese Gefahr könnte nicht nur in Europa, sondern in der gesamten Gemeinschaft der Demokratien und in der Welt Folgen haben.

Länderberichte

Gerät die Kirche ins Getto?

Zur aktuellen Problemlage zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien

Im Juni-Heft (S. 318–324) behandelten wir den materiell-geistigen Bestand der katholischen Kirche Jugoslawiens und Probleme ihrer Entwicklung nach innen und außen. Trotz der Vorbereitungskonferenz der KSZE in Belgrad gab es in den letzten Monaten scharfe Stimmen gegen die Religionsgemeinschaften, die zeigen, daß der Prozeß der Klimaverschlechterung zwischen Staat und Kirche weiter fortschreitet. Mit dieser Entwicklung befaßt sich folgender Beitrag.

In der staatlichen Presse Jugoslawiens häuften sich in den letzten Wochen die Beiträge über die Religion. „Vjesnik“, „Borba“, „Slobodna Dalmacija“ und andere große Tageszeitungen brachten von der Nachrichtenagentur „Tanjug“ verbreitete Artikelfolgen über das Problem der Religion und der Religiosität mit Titeln wie „Marxisten sind keine Atheisten“, „Der Bund der Kommunisten und die Religion“, „Differenzierung in den Reihen der Kirche“ und „Der Begriff des Klerikalismus“. Der Inhalt dieser Pressebeiträge, aber auch Fernsehdiskussionen bei Radio Agram oder ein neu erschienenes Handbuch wie „Die marxi-

stische Auffassung von Religion und die Politik des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gegenüber Kirche und Religion“ zeigen, daß Jugoslawien zwar mit seiner Kirchenpolitik eine Sonderstellung unter allen sozialistischen Ländern einnimmt, aber doch in seiner Auffassung vom Wesen der Religion Marx und Engels so verpflichtet ist, daß es nicht von einem Nebeneinander von Staat und Kirche ausgeht, sondern – so sagt es das Programm des Bundes der Kommunisten – überzeugt ist, daß die Religion zu beseitigen sei, wenn auch nicht durch administrative Mittel, „sondern durch fortschreitende Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse, durch die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die allgemeine Hebung des menschlichen Bewußtseins“. Ein Überblick über die Entwicklung der letzten Jahre, vor allem seit 1972, zeigt, daß man sich nicht scheute, diesem Programm auch mit administrativen Mitteln nachzuhelfen.

Das Jahr 1971 war noch voll von Höhepunkten guter Beziehungen. Im März jenes Jahres wurde Tito im Vatikan mit allen protokollarischen Ehren empfangen, und Papst und Parteichef-Präsident stellten „ähnliche Ansichten